

Verkehrsexperten in der IHK fordern: Freie und sichere Fahrt für faire Wirtschaft in Berlin!

Berlin, 16.09.2018: Der Wirtschaftsverkehr wird zunehmend als Problem für die Lebensqualität unserer Stadt diskutiert: Lieferdienste blockieren Rad- und Gehwege, parken in zweiter Reihe und sorgen für Staus. Durch abbiegende Lkws sterben immer noch Fußgänger und Radfahrer. Zwei IHK-Ausschuss-Mitglieder gehen nun in die Offensive und fordern bessere Bedingungen für diejenigen Kaufleute, die sich ehrbar verhalten!

Im Herbst 2019 beginnen vermutlich die Verhandlungen zum Abschnitt Wirtschaftsverkehr des Berliner Mobilitätsgesetzes. Wie sich die IHK Berlin dazu positioniert, steht noch nicht abschließend fest. Morgen, am Montag, tagt erneut der IHK-Verkehrsausschuss in einer Sondersitzung.

Heinrich Strößenreuther von der Initiative Clevere Städte und Frank Masurat vom Vorstand des ADFC Berlin, die mit dem Volksentscheid Fahrrad das Mobilitätsgesetz angestoßen haben, erarbeiteten einen 20-Punkte-Plan: Dieser soll der IHK Berlin helfen, nachhaltige Positionen für einen stadtverträglichen Wirtschaftsverkehr zu entwickeln. Beide sind als Mitglieder in IHK-Ausschüssen damit in einer zentralen Rolle.

„Unternehmer sind in ihrer gesellschaftspolitischen Verantwortung für einen stadtverträglichen Wirtschaftsverkehr gefordert, die weit über gewinnorientierte Interessen hinausgeht: Wir rufen dazu auf, eine zukunftstaugliche IHK-Position für den Wirtschaftsverkehr zu entwickeln“, bekräftigt Heinrich Strößenreuther, Mitglied im IHK Ausschuss für Stadtentwicklung und Infrastruktur.

In dem 20-Punkte-Plan fordern sie unter anderem die Umwandlung von Dauerparkplätzen in mehr Ladezonen, mehr Kurzzeitparkplätze und deutlich höhere Bußgelder für Falschparker. Dadurch kann das illegale Zuparken von Geh- und Radwegen, sowie das Zweite-Reihe-Parken eingedämmt werden. An die ehrbaren Kaufleute appellieren die zwei IHK-Ausschuss-Mitglieder, ihren Lkw-Fahrern nur Liefer- und Dienstpläne ohne planmäßige StVO-Verstöße wie illegales Halten auf Rad- und Gehwegen und zweiter Reihe vorzugeben. Nur so kann ein weiterer Rufschaden für den Wirtschaftsverkehr abgewendet werden, der bereits unter den wachsenden tödlichen Unfällen durch Lkw-Fahrer gefährlich ramponiert ist. Abgesehen davon leidet der stationäre Einzelhandel unter den steigenden Lieferverkehren des Online-Handels.

„Die Menschen in Berlin, sind den tödlichen Lkw-Unfällen ohnmächtig ausgesetzt. Die Verkehrswirtschaft muss eine wirksame Selbstverpflichtung zur Vermeidung von schweren Unfällen formulieren. Die Verkehrswirtschaft muss auch einen Beitrag zur Vision-Zero leisten: Ein Weiter-So darf es nicht geben“, kritisiert Frank Masurat, Mitglied im IHK-Ausschuss Verkehr und Vorstand des ADFC Berlin.

Außerdem sollen nach dem Willen Strößenreuthers und Masurats neue Fahrradstellplätze vor allem auch in Geschäftsstraßen gebaut werden, dafür müssen falls nötig Autoparkplätze weichen. Denn auf einen Autoparkplatz passen bis zu 12 Räder, deren Fahrer in Summe deutlich mehr Umsatz bringen als einzelne Kunden, die mit dem Auto kommen. So werden Straßen wieder belebt und eine zentrale Forderung des Einzelhandels nach mehr Aufenthaltsqualität in der Nähe von Geschäften erfüllt.

Ergänzend fordern die beiden IHK-Ausschussmitglieder, dass die IHK Berlin einen verbindlichen Plan vorlegt, wie der CO₂-Ausstoß des Berliner Wirtschaftsverkehrs um mindestens 40% bis 2030 reduziert werden kann. Wegen des drohenden massiven Verkehrs- und Stauzuwachs durch autonome Autos muss die IHK Berlin eine zukunftsgerichtete Wirtschaftsverkehrspolitik entwickeln, die weit über die üblichen, nicht stadt-verträglichen Wirtschaftsverkehrsinteressen einschlägiger Verbände hinausgeht.

Zu den weiteren Forderungen zählen die Prüfung der Sicherheitsorganisationen der Berliner Fuhrunternehmen bei schweren Unfällen, ein Sofortprogramm zu allen Knotenpunkten mit schweren Unfällen der letzten fünf Jahre, die Siegel-Anpassung „Ehrbarer Kaufmann“ um die Zusicherung sicher fahrbarer Dienstpläne, ein Sofortprogramm zur Einrichtung von Aufstellzonen für Radfahrer an Ampeln zur Kapazitätssteigerung der Knotenpunkte, bezirksübergreifende Regelungen für den einheitlichen Umgang mit Ladezonen und Busstreifen, die Umwandlung jedes 10. Parkplatzes in Ladezonen, die Einführung von mehr Kurzzeitparkplätzen, die Forderung nach Bußgeldanhebung für Falschparker auf 100 Euro, das Außerkraftsetzen der Berliner Linie, die Zweitreihe- und Radweg-Parken toleriert und ein feinmaschiges Netz von Mikrodepots zur Abwicklung der letzten Meile mit Lastenrädern. Ergänzend soll die IHK Berlin und das Land sich vorausschauend mit den Auswirkungen der wachsenden KEP-Dienste auf den stationären Einzelhandel, Arbeitsplätze und Steueraufkommen und den drohenden selbstfahrenden Autos untersuchen.

Dieses 20-Punkte-Papier wird morgen, am Montag, in der Verkehrsausschuss-Sitzung der IHK Berlin diskutiert.

Das gesamte 20-Punkte-Papier finden Sie hier zum Download:

<https://clevere-staedte.de/blog/artikel/Wirtschaftsverkehr-Mobilitaetsgesetz>

Weitere Quellen zum Recherchieren:

KEP-Studie 2018 (Kurier-, Express-, Paket-Dienste)

https://www.biek.de/tl_files/biek/downloads/papiere/BIEK_KEP-Studie_2018.pdf

Link zum Mobilitätsgesetz: <https://www.berlin.de/senuvk/verkehr/mobilitaetsgesetz/>

Ansprechpartner für die Presse:

Heinrich Strößenreuther, 0160 – 9744 2395, presse@clevere-staedte.de, www.clevere-staedte.de